



INHALT

- 2 **MIT Nordrhein-Westfalen**
Der Mann für alle Fälle
- 5 **MIT Baden-Württemberg**
Zukunft von Mittelstand und Handwerk – Sekt oder Selters?
- 6 **MU Bayern**
Traditionelles „Unternehmer-Frühstück“
- 8 **MIT Niedersachsen**
MIT Celle: Gesellschaftspolitischer Abend
- 10 **MIT Hessen**
Thema Elektromobilität bei der Süwag
MIT Sachsen
MIT Nordsachsen wählt neuen Vorstand
- 11 **MIT Rheinland-Pfalz**
MIT hinter den Kulissen der Fahrradwelt
MIT Saarland
Europapolitischer Diskurs der MIT Saar
- 12 **MIT Schleswig-Holstein**
Landesvorsitzender wiedergewählt
MIT Thüringen
Treff mit Günther Oettinger

Der Mann für alle Fälle



Siegburg. Prominenter Redner, hochaktuelle Themen: Dieses bewährte Konzept setzte auch der diesjährige Frühjahrsempfang der MIT Rhein-Sieg fort. Kreisvorsitzender Andreas Stolze konnte zahlreiche Vertreter aus Politik und Wirtschaft begrüßen, darunter die Bundestagsabgeordneten Lisa Winkelmeier-Becker und Norbert Röttgen sowie die Landtagsabgeordneten Katharina Gebauer und Björn Franken. Als Gastredner hatte die MIT den Kanzleramtsminister Dr. Helge Braun gewinnen können. Als Bundesminister für besondere Aufgaben ist Braun oberster Krisenmanager von Kanzlerin Angela Merkel. Was beschäftigt den Mann, der sich selbst „Bundesminister für Probleme“ nennt, kurz vor der Europawahl? Drei Begriffe standen für Braun an erster Stelle: Frieden, Sicherheit, Wohlstand. „Nationalismus hilft uns nicht weiter. Alles drei werden wir auch für Deutschland nicht erhalten können, wenn sich die Länder Europas spalten lassen. Wir müssen als Europäer in der Lage sein, uns selbst zu verteidigen und uns zu schützen. Und in der Digitalisierung ist der gemeinsame Binnenmarkt unsere einzige Chance, dass innovative Unternehmen hier entstehen und Lösungen hier zur Anwendung kommen und nicht zuerst in den USA oder China“, sagte der Kanzleramtschef. Neben den drängenden Fragen in Sachen Klimawandel und Digitalisierung beschäftigt ihn auch der freie Welthandel. Dabei wandte er sich gegen eine Fokussierung auf Großunternehmen. „Die Stärke der deutschen Wirtschaft ist die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes. Sie gilt es zu erhalten. Von unseren Wirtschaftsstrukturen haben wir bei der Bewältigung vergangener Krisen stets profitiert. Wir werden es schaffen, den Erfolgskurs, den wir seit vielen Jahren halten, fortzusetzen. Dafür brauchen wir den Mittelstand, auf den wir wirklich stolz sind,“ sagte Braun.



Kreis Mettmann. Anlässlich des 70. Jahrestages des Grundgesetzes wurden auf den Märkten in Hilden, Ratingen, Velbert und Erkrath über 2.000 Exemplare verteilt. In Ratingen war auch die Rheinische Post vor Ort um einen Bericht zu schreiben. Innerhalb von 1,5 Stunden waren alle vorhandenen Exemplare in Ratingen verteilt. Daneben ergaben sich auch noch interessante Gespräche mit den Passanten.

MIT im Kreis Unna gegen Stechuhr-Pflicht

Kreis Unna. Die MIT im Kreis Unna lehnt eine generelle Pflicht zur Arbeitszeiterfassung ab. „Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs geht völlig an der Realität der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorbei. Nicht mehr Bürokratie, sondern mehr Flexibilität ist nötig“, sagte Frank Murmann, MIT-Kreisvorsitzender. Der Europäische Gerichtshof hat kürzlich entschieden, dass Arbeitgeber systematisch die volle Arbeitszeit aller Beschäftigten erfassen müssen. Murmann: „Nicht nur Gründer und Mittelständler, sondern auch Arbeitnehmer wünschen sich doch heute mehr Flexibilität und nicht mehr Stechuhr.“

Seit Jahren klagen kleine und mittelständische Firmen über zunehmende Bürokratie z. B. durch umfangreiche Aufzeichnungspflichten. „Es wäre deshalb sinnvoller, das starre Arbeitszeitgesetz zu modernisieren und Bürokratie abzubauen. Unsere Unternehmer unter Generalverdacht zu stellen und Arbeitnehmer zu entmündigen, halte ich für den falschen Weg“, so der MIT-Kreischef weiter. Die MIT schlägt deshalb vor, die derzeit geltende tägliche Höchstarbeitszeit durch eine wöchentliche Regelung zu ersetzen.

Die Mindestruhezeit könnte auf Wunsch der Arbeitnehmer aufgeteilt oder unterbrochen werden. Frank Murmann: „Damit würden die Möglichkeiten der Digitalisierung berücksichtigt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert.“

Masterplan macht Mülheim zur Schlafstadt!

Mülheim/Ruhr. Die MIT der CDU Mülheim an der Ruhr fordert eine grundlegende Neuausrichtung des vorliegenden Masterplanentwurfs „Industrie und Gewerbe“. Sie kritisiert die hausgemachte Investitionsbremse im vorliegenden Planungsentwurf „Industrie und Gewerbe“ und fordert Nachbesserung. Hans-Joseph Krupp, Vorsitzender der MIT: „Die Hoffnung, dass der erarbeitete Masterplan deutliche Akzente in Richtung Standortentwicklung für die Ansiedlung neuer Unternehmen aufzeigt, hat sich nicht erfüllt. Leider beschreibt der Planungsentwurf hauptsächlich die Sicherung bestehender Gewerbe- und Industrieflächen, eine aktive Gewerbe- und Industrieflächenmobilisierung fehlt. Aber nur mit der Neuansiedlung weiterer Unternehmen wird es der Stadt Mülheim gelingen, mehr Steuereinnahmen zu generieren, ohne dauernd die Steuern zu erhöhen!“

Die digitale Zukunft provozieren

Hennef. Wie werden wir im Jahr 2050 leben? Welche Folgen haben Digitalisierung und Klimawandel für unsere Zukunft? Spannende Fragen, die jeden angehen, und die das 11. Hennefer Fabrikgespräch, eine gemeinschaftliche Veranstaltung der CDU Hennef und der MIT Hennef, in den Mittelpunkt stellte. Als Referenten hatten die Veranstalter mit Karl-Heinz Land und Karsten Schwanke zwei Top-Kenner der Materie gewinnen können.

Dass dieses Thema auf großes Interesse stieß, bewies die große Anzahl von Zuhörern in der mit 200 Gästen vollbesetzten Meys-Fabrik. Der CDU-Parteivorsitzende Thomas Wallau und der Vorsitzende der MIT Hennef, Rechtsanwalt Michael Kremer, begrüßten u.a. die Landtagsabgeordneten Oliver Krauss und Björn Franken, Bürgermeister Klaus Pipke, den CDU-Fraktionsvorsitzenden Ralf Otfergeld und den Regierungspräsident a.D. Hans Peter Lindlar.



Foto: MIT

V. l.: Thomas Wallau, Karsten Schwanke, Karl Heinz Land, Michael Kremer.

Viele Menschen fürchten das Tempo der Digitalisierung, sind durch den rasanten Wandel verunsichert und fühlen sich in der globalisierten Welt zunehmend verloren. Karl-Heinz Land, Insider und Pionier der digitalen Transformation, setzt eher auf die Chancen als auf die Risiken. Er ist überzeugt: „Wir können die Probleme unsere Erde lösen – mit Hilfe des technologischen Fortschritts und der Digitalisierung. Wir müssen die digitale Zukunft provozieren, wenn wir sie möchten.“

Karsten Schwanke, Meteorologe und ARD-Moderator, legte dar, dass sich der Klimawandel schon heute – auch an Einzelereignissen – festmachen ließe. „Der Treibhauseffekt in der Erdatmosphäre steigt an. Dieser Effekt ist menschengemacht, da der extreme Anstieg des CO₂ in den letzten Jahrzehnten fast ausschließlich durch das Verbrennen von Öl, Gas und Kohle, durch die Massentierhaltung und die Zementherstellung verursacht worden ist“, sagte Schwanke.

Wie sich dieses Problem lösen lässt, das war Gegenstand einer angeregten Diskussion zwischen Rednern und Publikum. „Wir müssen auf eine ökosoziale Marktwirtschaft setzen, bei der Ökologie, Ökonomie und das Soziale im Einklang stehen“, forderte Karl Heinz Land. Dabei helfen nicht nur digitale Technologien, sondern auch Änderungen des eigenen Verhaltens. Lands Fazit und Appell an das Publikum: „Ich glaube, wir brauchen keinen neuen Planeten, aber wir müssen in vielerlei Hinsicht unser Denken ändern, und wir müssen mehr wagen zu experimentieren statt zu planen.“

Hendrik Wüst zu Besuch

Kaarst. Einen gelassenen und gesprächsfreudigen NRW-Verkehrsminister begrüßte die MIT Kaarst zu einer Veranstaltung in der Pampusschule. Hendrik Wüst, zugleich MIT-Landesvorsitzender, sprach zum Thema „Zukunft der Mobilität: Chancen und Herausforderungen für NRW“ vor rund 60 Gästen, unter ihnen auch viele hochrangige kommunale Vertreter wie Bürgermeisterin Dr. Ulrike Nienhaus, die Technische Beigeordnete Sigrid Burkhardt, Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, Kreisdirektor Dirk Brügge und IHK-Hauptgeschäftsführer Jürgen Steinmetz.

„Sie sehen einen entspannten Verkehrsminister“, sagte Wüst zu Beginn. Schließlich lassen ihn sprudelnde Steuereinnahmen viele Verkehrsprojekte umsetzen, um die Infrastruktur im Land zu verbessern und der Stauproblematik zu begegnen. Doch hierfür bedürfe es nicht allein bei einer optimalen Baustellenabwicklung, sondern bereits im Vorfeld eines beschleunigten Planungs- und Genehmigungsverfahrens. So wurden im letzten Jahr 50 zusätzliche Planungsstellen geschaffen, in 2019 sollen genauso viele nochmals folgen.

Als weiteres eingelöstes Versprechen aus dem Koalitionsvertrag von CDU und FDP hob er die Einführung des Azubi-Tickets für ein verbundunabhängiges Fahren im ÖPNV hervor, das das Land mit zehn Millionen Euro im Jahr unterstützt. Zur Zukunft der Mobilität gehört zweifellos die Digitalisierung: Während des autonomen Fahren für den Verkehrsminister noch Zukunftsmusik ist – „Das autonome Fahren werden wir in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren nicht sehen“, sagte er – könne sie dafür mittelfristig die Nutzung von Transportkapazitäten optimieren, insbesondere auf der Schiene.

Der Kaarster MIT-Vorsitzende Markus Steins zeigte sich zufrieden mit dem aufgeschlossenen Auftritt des Ministers und der anschließenden sachlichen Diskussion.



NRW-Verkehrsminister und MIT-Landesvorsitzender Hendrik Wüst mit Landrat Hans-Jürgen Petrauschke (links), Bürgermeisterin Dr. Ulrike Nienhaus und dem Kaarster MIT-Vorsitzenden Markus Steins.

EU-Politiker machte Kasse – für den guten Zweck

Mülheim/Ruhr. Wirtschaft, Politik und Verbraucher zusammenbringen und dabei noch Gutes tun? Die traditionellen Politik-Marktbesuche mit Kassenaktion bei Edeka machen es möglich. Kürzlich besuchte der Europaabgeordnete Dennis Radtke (CDU) gemeinsam mit Vertretern der Mülheimer CDU und der MIT das E-Center Paschmann an der Mannesmannallee in Mülheim-Dümpten. Gestärkt von einem kleinen Frühstück im markteigenen Bäckereicafé, hieß es nach einem kurzen Rundgang durch den Markt für den Europapolitiker Dennis Radtke: Ärmel hochkrepeln, ran an den Verbraucher



und kassieren! Den Kundenansturm bewältigte Radtke mit Charme und Schnelligkeit. Die Erlöse aus der halbstündigen Kassenaktion rundete Edeka Paschmann großzügig auf, so dass die Theodor Fliedner Stiftung aus Mülheim, die sich um Menschen mit Behinderung kümmert, einen Spendenscheck in Höhe von 1.000,- Euro entgegennehmen konnte. Im zweiten Teil des Marktbesuchs gab es eine rege Diskussion über die Herausforderungen des Lebensmittel-Einzelhandels vor Ort sowie entsprechende politische Rahmenbedingungen.



Viersen-Süchteln. Zu einer gemeinsamen MIT/JU-Bezirksvorstandssitzung kamen am Tag der Arbeit die beiden Vorstände im Kreis Viersen zusammen. Von Viersen-Süchteln ging es mit einem Boot Richtung Grefrath. An der Burg Uda wurde CDU-Europakandidat Stefan Berger aufgenommen. Nach erfolgreicher Bootstour ging es in Grefrath-Vinkrath zu Tonis Bauercave, wo die stellvertretende Grefrather Bürgermeisterin Kirsten Peters (CDU) die Gruppe begrüßte.

MIT-Landesvorsitzender Wüst zu Gast in Wesel

Wesel. Im Autohaus Lackermann – seit 1976 Mitglied der MIT Wesel – fand die Mitgliederversammlung der MIT Kreis Wesel statt. Der Vorsitzende Christian Strunk überbrachte die erfreuliche Mitteilung, dass seit der letzten Versammlung zahlreiche neue Mitglieder aufgenommen werden konnten und der Ortsverband Rheinberg reaktiviert werden konnte. Der neue Vorstand stellt sich wie folgt dar: Erster Vorsitzender wurde Christian Strunk (SV Xanten), den die Mitglieder mit 100% der Stimmen in seinem Amt bestätigten. Stellvertretende Vorsitzende wurden Andreas Gardemann (Stadtverband Wesel), Jutta Gerwers-Hagedorn (SV Moers) und Karl Hofmann (SV Alpen). Als Geschäftsführer bestätigte die Versammlung Heinz Lindekamp (SV Hünxe).

Besonders erfreulich war die Anwesenheit des NRW-Verkehrsministers und Landesvorsitzenden der MIT NRW, Hendrik Wüst. Mit einflussreichen Informationen über die aktuelle Arbeit der Landesregierung und seinem Vortrag zur Zukunft der Mobilität hatte er die volle Aufmerksamkeit der ca. 70 Zuhörer. Ausführlich ging er auf die aktuellen verkehrstechnischen Herausforderungen im Kreis Wesel ein.

„Betriebsintegrierte Caritas-Arbeitsplätze“



Köln. 90 Beschäftigte der Caritas Wertarbeit arbeiten auch in ganz regulären Betrieben. Das erläuterten die Verantwortlichen der Caritas Wertarbeit Köln den Mitgliedern der MIT Rheinisch-Bergischer Kreis und Köln bei ihrem Besuch am Standort Gut Frohnhof. Auf einem solchen „betriebsintegrierten Arbeits-

platz“ des Arbeitsmarktes finden nicht nur zunehmend Menschen mit einer körperlichen Behinderung eine integrierte Stelle, sondern auch Mitarbeiter mit geistigen oder psychischen Einschränkungen. Ein Teil der von der Caritas Wertarbeit betreuten Menschen sucht nämlich nach einem Burn-out oder Angststörungen erst einmal geschützte Arbeits- und Produktionsabläufe. Unterstützt werden sie dabei von „Integrationscoaches“ der Caritas Wertarbeit, die gleichzeitig Ansprechpartner für den Betrieb sind.



Zukunft von Mittelstand und Handwerk – Sekt oder Selters?

Mannheim. 1979 lud die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Mannheim das erste Mal zum „Kurfälzer Frühschoppen“ des Mittelstandes ein. Seitdem begeisterten immer wieder zahlreiche Festredner aus Wirtschaft und Politik das wirtschaftspolitisch interessierte Publikum im Festzelt auf dem Mannheimer Maimarkt. In diesem Jahr, zum inzwischen 41. Frühschoppen, präsentierte der Mannheimer MIT Kreisvorsitzende Alexander Fleck eine „ganz besondere Persönlichkeit“ als Festredner.

Aus der Seele gesprochen

Diese Tradition fortsetzend kam nämlich der CDU-Wirtschaftsexperte und Bundesvorsitzende der MIT Deutschlands, Dr. Carsten Linnemann, nach Mannheim. Mit seiner Festrede unter der Überschrift „Zukunft von Mittelstand und Handwerk – Sekt oder Selters?“ begeisterte er die anwesenden 1500 Gäste mit seinem bunten Blumenstrauß an wirtschaftspolitischen Themen und sprach hierbei vielen Vertretern von Mittelstand und Wirtschaft aus der Seele.

Gerade in Zeiten, in denen ein politischer Wettbewerber wieder Sozialismus-Gedanken im Sinne von DDR 2.0 forciert, bezeichnete Linnemann den Mittelstand als Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Linnemann bekannte sich zur Meisterpflicht, aber auch zu einem Fachkräfte-Einwanderungsgesetz als sinnvolle Gegenmaßnahme zum bereits eingetretenen Fachkräftemangel, der bereits in den Betrieben angekommen sei.

Alle müssen Regeln einhalten

Der CDU-Politiker mahnte aber auch an, dass der Staat verlässlicher Partner der Wirtschaft sein müsse. Es könne nicht sein, dass der Mittelstand Regeln einhalten müsse, aber der EU-Vertrag von Maastricht von staatlicher Seite aus ständig gebrochen werde. Daher sei die Rechtsstaatlichkeit unabdingbare Voraussetzung für eine funktionierende Marktwirtschaft.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Notwendigkeit der Verringerung von Arbeitskosten in Deutschland. Steuern müssten gesenkt und der Soli gleich ganz abgeschafft werden. Ebenso dürfe man Handwerksbetriebe nicht schlechter behandeln wie Kapitalgesellschaften. Linnemann forderte daher die Angleichung auf eine 25%-Besteuerung.

Beim anschließenden Rundgang durch die Ausstellungen kam Linnemann auch mit Vertretern des örtlichen Handwerks ins Gespräch.



Alexander Fleck, Dr. Carsten Linnemann, Wolfgang Guckert.



Volles Zelt beim Kurfälzer Frühschoppen.



Informieren und Netzwerken beim Rundgang.



Der Landesvorstand der MIT mit Klaus Schlappner und Dr. Carsten Linnemann MdL.

Traditionelles „Unternehmer-Frühstück“



MU-Kreisvorsitzenden Peter Brehm, Landtagsabgeordneten Walter Nussel und Staatsminister Albert Füracker.

Großenseebach im Landkreis Erlangen-Höchstadt.

„Vor dem Geldverteilen steht das Erwirtschaften“, so der Bayerische Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Albert Füracker. Beim Unternehmerfrühstück in der Firma Helmholtz GmbH & Co. KG am 26.04.2019, machte Füracker deutlich, dass die vielfältigen sozialen Leis-

tungen auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten bezahlbar sein müssten. Ebenso wies er darauf hin, dass die Arbeitsplätze von Unternehmen geschaffen werden, nicht von der Politik, die jedoch für entsprechende Rahmenbedingungen Sorge tragen müsse.

Firmen-Chef Manfred Helmholtz erläuterte die Schwerpunkte der gleichnamigen Firma mit knapp 100 Beschäftigten allein am fränkischen Standort. Auf Automatisierungstechnik spezialisiert, beschäftigte sich demnach der Betrieb hauptsächlich mit der Herstellung von Komponen-

ten für die Maschinensteuerung, sowie der Entwicklung entsprechender Soft- und Hardware.

Um gerade auch für solche Betriebe wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen schaffen zu können, sagte nach Angaben von Füracker die Bayerische Staatsregierung für eine „optimale Weiterentwicklung der Infrastruktur“ und nehme auch viel Geld für Bildung, Ausbildung und Nachqualifizierung in die Hand. Peter Brehm bat in diesem Zusammenhang darum, ältere Menschen, die gerne weiterarbeiten und ihr Wissen zur Verfügung stellen möchten, nicht über Gebühr mit Steuern und Abgaben zu bestrafen, denn „der Arbeitsmarkt braucht diese Menschen und deren Erfahrung dringend“.

„Mehr denn je sind wir auch von globalen Einflüssen abhängig“, meinte Füracker, und deshalb müssten neben allen denkbaren Vorgaben und Vorschriften auch Steuern und Abgaben internationalem Wettbewerb standhalten können. Um das Land dafür fit zu halten gäbe es speziell in Bayern vielfältige Förderprogramme, vom Ausbau schneller Internetverbindungen durch Glasfasertechnik, über die Unterstützung junger Familien, bis hin zur Förderung der Forschung.

Mit der Steuerpolitik käme man derzeit jedoch nicht wirklich voran, bedauerte der Bayerische Finanzminister. „Wir hatten noch nie so hohe Steuereinnahmen und schaffen es ‚dank‘ SPD nicht, Steuersätze zu senken“. Auch in der Diskussion wurde gefordert, endlich den Solidaritätszuschlag abzuschaffen. Albert Füracker ergänzte zustimmend: „Leis-

Neues aus dem Fachausschuss „Tourismus, Handel, Dienstleistungen“

München. Vor einigen Wochen tagte der MU-Fachausschuss Tourismus, Handel, Dienstleistungen. Zu den heiß diskutierten Themen gehörte u.a. der Ladenschluss, aber auch die Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes. Hier Details aus der Diskussion.

Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes

Es geht uns explizit nicht darum, dass mehr gearbeitet werden soll. Es geht letztlich um eine flexiblere Aufteilung der

Arbeitszeit innerhalb einer Woche, so wie es die Europäische Union in ihrer Arbeitszeitrichtlinie vorsieht. Es muss ein Vollzeitjob in vier Tagen ermöglicht werden! Die Flexibilisierung wollen nicht nur Unternehmer, das wollen vor allem auch Angestellte. Die Angestellten wären in der Lage ihren Alltag flexibler zu gestalten und könnten somit besser auf die Bedürfnisse ihrer Familien eingehen.

Sachwertbezüge auf Kost und Logis bei Auszubildenden

Es würde erheblich zur Attraktivität der Ausbildung beitragen, wenn der Auszubildende weder Abgaben für die vom Arbeitgeber gestellte Unterkunft, noch für Mahlzeiten, die er im Betrieb einnimmt, zahlen muss. Hierzu wurde bereits im Juni 2018 auf unsere Initiative durch die CSU-geführte Staatsregierung eine Bundesratsinitiative gestartet, die bislang leider keine Mehrheit fand. Das Verrückte daran ist, dass die Ablehnung in erster Linie von denen kam, die derzeit an anderer Stelle eine Mindestausbildungsvergütung fordern.

Verdienstgrenze beim Minijob

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit: wenn der Mindestlohn steigt, muss auch die Verdienstgrenze beim Minijob



tung muss sich lohnen und Leistungsträger müssen ermuntert werden, auch künftig etwas zu leisten“.

Statt immer neuer Umverteilung plädierte der CSU-Politiker für mehr Steuergerechtigkeit und gegen zunehmende Eingriffe in das Eigentum. In der Diskussion ging es auch darum, „die deutschen Leitindustrien nicht kaputtzureden“, die global tätigen Digitalkonzerne stärker zu besteuern und damit an den Kosten der Infrastruktur zu beteiligen, sowie die immer mehr werdenden Ansprüche in Deutschland zurückzuschrauben.

Als Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung sprach sich MdL Walter Nussel unter anderem dafür aus, Vorgaben und Regelwerke nach praktischen und praktikierbaren Gesichtspunkten unter die Lupe zu nehmen. Bei aller durchaus berechtigten Kritik an übermäßiger Bürokratie wies Albert Füracker darauf hin, dass vieles von Bürgern und Betroffenen selbst käme, zum Beispiel bei der Forderung nach Ausnahmeregelungen und der Schaffung fairer Marktbedingungen.

Steuerpolitik ist Standortpolitik!

München. Deutschland hat eine starke Wirtschaft. Doch wie schaffen wir es, unsere Industrie und unseren Mittelstand vor dem Hintergrund eines international härter werdenden Wettbewerbs konkurrenzfähig zu halten? Neben der Frage der Fachkräftegewinnung wird eins immer deutlicher: Steuerpolitik ist auch immer Standortpolitik! Der MU-Fachausschuss Steuern und Haushalt hat in seiner letzten Sitzung am 28. Mai 2019 diesen Aspekt in den Fokus seiner Beratungen gestellt.

Fachausschussleiter Sebastian Brehm, MdB, stellvertretender MU-Landvorsitzender und selbständiger Steuerberater aus Nürnberg, hat das von ihm und seinem niedersächsischen Fraktionskollegen Fritz Güntzler gemeinsam erarbeitete Impulspapier „Modernisierung des Unternehmenssteuerrechts in Deutschland“ vorgestellt und erläutert. Das Impulspapier wird in diesen Wochen auf ganz breiter Basis und in mehreren Fachgesprächen mit den unterschiedlichen Akteuren aus Wirtschaft, Verwaltung und Praxis diskutiert.

„Wir wollen eine Modernisierung der Unternehmensbesteuerung Schritt für Schritt umzusetzen. Wir fordern unter anderem eine maximale Steuerbelastung von 25 Prozent für thesaurierte Unternehmensgewinne. Unser Ziel ist es, Kapital für Investitionen freizusetzen, um somit wettbewerbsfähig zu bleiben. Es ist aber vor allem auch notwendig, über strukturelle Fragen zu diskutieren, die zu einer geringeren Gesamtbelastung und weniger Bürokratie in den Betrieben führen. Hier besteht großer Handlungsbedarf!“, stellte Sebastian Brehm klar.



Fachausschussleiter
Sebastian Brehm, MdB.

angepasst werden, um einer Abwertung des Minijobs entgegenzuwirken. Wir freuen uns deshalb umso mehr, dass unsere Forderung durch einen Eilantrag im Landtag beschlossen wurde und nun auch vom Bayerischen Kabinett unterstützt wird. Die Bundesregierung soll per Entschließungsantrag der Anhebung zustimmen. Wir werden das über den Bundesrat durchsetzen!

Ladenöffnungszeiten

Ein weiteres in der jüngsten Sitzung des MU-Fachausschusses heiß diskutiertes Thema war der Ladenschluss. In Bayern gibt es kein eigenes Ladenschlussgesetz, es gilt das Bundesgesetz. Das heißt, die Läden können von Montag bis Samstag von 6 bis 20 Uhr öffnen. Für die Öffnung von Läden am Sonntag gibt es im Ladenschlussgesetz Ausnahmetatbestände. Aus Anlass von Märkten und Veranstaltungen kann an jährlich höchstens vier Sonn- und Feiertagen im Jahr ein verkaufsoffener Sonntag festgesetzt werden. Die Gerichte haben dazu gerade in jüngster Zeit sehr restriktive Urteile erlassen. Es reicht somit beispielsweise nicht, wenn eine Veranstaltung einen großen Besucherstrom auslöst. Aus diesem Grund werden immer

wieder Forderungen für eine gewisse Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in Bayern laut. Gerade für touristische Orte müsste es weniger restriktive Regeln geben. Insbesondere die Streichung der umstrittenen Anlassbezogenheit würde nicht nur dem Handel, sondern auch den Kommunen die notwendige Rechtssicherheit geben. Bislang fordert das bayerische Ladenschlussgesetz einen konkreten Anlass (z.B. Stadtfest) für die Genehmigung eines verkaufsoffenen Sonntags. In einigen Kommunen wurden geplante verkaufsoffene Sonntage abgesagt, da die Gesellschaft Ver.di damit gedroht hatte, gegen diese Sonntagsöffnung juristisch vorzugehen. Die Abschaffung der Anlassbezogenheit wäre nicht nur weniger Bürokratie, sondern würde auch die Genehmigung verkaufsoffener Sonntage entscheidend erleichtern. Es geht nicht um eine generelle Sonntagsöffnung. Einzige Ausnahme sollen die vier möglichen verkaufsoffenen Sonntage sein. Die Sonntagsöffnung muss die Ausnahme bleiben. Wir wollen keine Erhöhung der Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage. Allerdings tragen sie zur Belebung der Innenstädte bei, binden zusätzliche Kaufkraft und verbessern das Image einer Stadt.

MIT Celle: Gesellschaftspolitischer Abend

Wietze. Gut gefüllt war das Dorfhaus Wieckenberg in Wietze. Eingeladen hatte der Kreisverband der MIT Celle zu einem gesellschaftspolitischen Abend. Rund 60 Gäste aus dem Raum Celle als auch Nordostniedersachsen folgten der Einladung.

Besonders begrüßt wurden der Wietzer Bürgermeister Wolfgang Klußmann, der Landtagsabgeordnete Jörn Schepelmann, der Wirtschaftsförderer des Landkreises Celle, Daniel Eckardt, die künftige Abgeordnete für das Europäische Parlament Lena Düpont, der Bezirksvorsitzende der MIT Nordostniedersachsen, Armin Ring, und der Hauptgeschäftsführer der Niedersachsen-MIT, Andreas Sobotta aus Hannover.

Bürgermeister Wolfgang Klußmann unterstrich den hohen Stellenwert des Mittelstandes, der kleinen und mittleren Unternehmen für die Kommune. „In Wietze ist man nicht mit dem ‘Klammerbeutel gepudert‘. Hier werden Ansiedlungen gefördert. Hier ist die Stelle eines Wirtschaftsförderers eingerichtet, die sich um Existenzgründer und Ansiedlungswillige vor Ort kümmert. Wir bringen die Bauleitplanung binnen eines Jahres zum Abschluss und setzen alles daran, die Rahmenbedingungen für die Betriebe und die Menschen kontinuierlich zu verbessern“, so Klußmann.

Die künftige Europaabgeordnete Lena Düpont ging in ihrem Vortrag auf die Bedeutung des Mittelstandes in Europa ein. Digitalisierung und Strukturpolitik seien die großen Themen in der EU. Hierzu zählten auch die Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen. Es müsse die Frage beantwortet werden, was geregelt werden müsse und was nicht. Es bestehe Einigkeit, dass insbesondere das Prinzip der Subsidiarität gelte, so die Europakandidatin. Düpont sprach sich dafür aus, dass der Mittelstand stärker in den Fokus europäischer Politik rücken müsse. Dem Einstimmigkeitsprinzip müsse das Mehrheitsprinzip folgen, wenn es mit Europa vorangehen solle, so Düpont.



Die künftige Europaabgeordnete Lena Düpont warnte vor zunehmenden Populismus und aufkeimenden Nationalismus in Europa.

Foto: Andreas Sobotta, Hannover

MIT-Bezirksverband Osnabrück-Emsland und IHK im Dialog



Till Olaf Voß.

Osnabrück. Im Rahmen des Bezirksmittelstandstages diskutierten Mittelständler der MIT Osnabrück-Emsland unter dem Vorsitz des neuen Bezirksvorsitzenden Till Olaf Voß mit dem Hauptgeschäftsführer der IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim, Marco Graf, über die wirtschaftliche Lage in der Region und über den Brexit. „Wir wissen Stand heute nicht, ob, wann und wie der Brexit kommt“, so Graf.

Die IHK habe mit dem Flyer „Are you ready for Brexit“, einer vielfach abgerufenen Checkliste und Gemeinschaftsveranstaltungen mit dem Zoll eine Informationsoffensive gestartet, die einen sehr guten Anklang finde. Im IHK-Bezirk gebe es bei den Betrieben eine sehr hohe Ausbildungsbereitschaft. Der Druck auf den Ausbildungsmarkt nehme allerdings zu, da die Schulabgänger-Jahrgänge kleiner würden. Auch strebten viele Abiturienten direkt an die Hochschule. Die hohe Zahl der Studienabbrüche zeige allerdings, dass dies nicht immer die richtige Wahl sei. Mit dem Projekt „Neustart“ versuche die IHK, diese Studienaussteiger für die berufliche Ausbildung zu gewinnen.

Die Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen sei weiterhin sehr unbefriedigend. Landesweit betragen die Auslastungen in der Theorie 91,2 Prozent, in der Fachpraxis 88,5 Prozent, so dass eine Gesamtversorgung von 90,7 Prozent erreicht werde. Dies sei eindeutig zu wenig, so Graf.

Es sei deshalb vordringlich, dass die Bildungspolitik des Landes einen Pfad definiere, auf dem auf mittlere Sicht, etwa innerhalb von fünf Jahren, eine Unterrichtsversorgung von 100 Prozent erreicht werde.



V. l. n. r.: Armin Trojahn, Michael Selker, H.-Dieter Klahren, Ralph Mielenbrink, Michael Dittrich, Holger Schütter, Judith Klara Weiß, Thomas Levien, Till Olaf Voß und Ingo Dauer.

Foto: Andreas Sobotta, Hannover

Osnabrück-Stadt – 100 Prozent für H.-Dieter Klahren

Osnabrück. Der alte und neue Kreisvorsitzende der MIT Osnabrück-Stadt heißt H.-Dieter Klahren. Er wurde kürzlich mit einhundert Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen Osnabrück gewählt.

Vor Einstieg in die Versammlung stellten der Vorsitzende Thomas Levien und der Geschäftsführer Hendrik Witte ihren Osnabrücker Sportclub (OSC Osnabrück) vor. Michael Dittrich und Till Olaf Voß wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden, Holger Schütter zum Kreisschatzmeister und Judith Klara Weiß zur Schriftführerin und Veranstaltungsbeauftragten gewählt. Detlef Dendahl, Frank Eilermann, Thomas Levien, Ralph Mielenbrink, Michelle Ostman von der Leye, Michael Selker, Armin Trojahn und Markus Ulrich komplettieren als Beisitzer den Vorstand.

MIT Nienburg und Diepholz – „Spargel satt!“

Scharringhausen. Über 300 Interessierte konnte der Kreisvorsitzende der Nienburger MIT, der Landtagsabgeordnete Karsten Heineking, anlässlich des 10. Spargelesens mit Politik auf dem Spargelhof Thiermann in Scharringhausen begrüßen. Zahlreiche Prominenz aus der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik war der Einladung gefolgt, unter ihnen der Landrat des Kreises Diepholz, Cord Bockhop, der Landrat des Landkreises Nienburg, Detlef Kohlmeier, der vormalige Landtagsvizepräsident Karl-Heinz Klare, die Bundestagsabgeordneten Axel Knoerig und Maik Beermann, der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Tilman Kuban, und Dietmar Reddig, Bezirksvorsitzender der MIT Hannover.

Dr. Carsten Linnemann MdB hob die Bedeutung der Themen Heimat und Bindung hervor. Er setzte sich für ein generelles einjähriges Pflichtjahr ein. Angesichts gesellschaftlicher Umbrüche habe Rechtstaatlichkeit nichts mit Rechtsruck zu tun, betonte Linnemann. China sei keine verlängerte Werkbank mehr, sondern einer unserer wirtschaftlichen Konkurrenten. Die Chinesen würden nicht nur



Firmenchef Heinrich Thiermann (7. von rechts) stellte persönlich sein Unternehmen vor.



Fotos: Andreas Sobotta, Hannover

Carsten Linnemann MdB (ganz links im Bild) mit dem Landtagsfraktionsarbeitskreis Wirtschaft, Verkehr, Häfen und Schifffahrt. Dabei auch der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Tilman Kuban (8. von links).

Flughäfen bauen, sondern diese auch eröffnen. Linnemann kündigte die Wiedereinführung des Meisterbriefes für bestimmte Gewerke an. Ein entsprechender Gesetzesentwurf werde im Herbst 2019 vorliegen.

MIT-Chef Linnemann MdB besuchte HPE Mertens GmbH

Wedemark. Der MIT-Bundesvorsitzende, Dr. Carsten Linnemann MdB, besuchte kürzlich die HPE Mertens GmbH in der Wedemark. Linnemann zeigte sich von dem seit 20 Jahren existenten Sieben-Mann-Unternehmen für die Bereiche Hydraulik, Pneumatik und Elektronik beeindruckt. Die Geschäftsführer Michael Mertens und Robin Benecke standen Rede und Antwort. Gerade die Sorgen und Nöte kleiner und mittlerer Unternehmen interessierten den MIT-Bundesvorsitzenden, da sie vielfach in der öffentlichen Wahrnehmung und Berichterstattung zu kurz kämen. Bürokratische Hemmnisse wie die Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), die Facharbeitersituation, aber auch die Unklarheiten im Zuge des zu erwarteten Brexits belasteten.

„Wir machen das, wo andere bereits kapituliert haben“, so Michael Mertens. „Für unsere Auftraggeber ist HPE so etwas wie eine Feuerwehr, wenn's brennt.“, so Mertens weiter.



Foto: Andreas Sobotta, Hannover (Veröffentlichung honorarfrei)

V. l. n. r.: Dr. Carsten Linnemann MdB, Silke Hanebuth vom Vorstand der MIT Wedemark und Firmenchef Michael Mertens im Gespräch.

Carsten Linnemann beim Burgdorfer Wirtschaftsforum

Burgdorf. Rund 30 Interessierte konnte der Vorsitzende der Burgdorfer MIT, Mirco Zschoch, kürzlich im neuen Hotel Ayhan in Burgdorf begrüßen. Unternehmer und Kommunalpolitiker aus Burgdorf und Lehrte – unter ihnen die Kandidaten für die Ämter der Bürgermeister für Burgdorf und Lehrte, Armin Pollehn und Frank Prüße, David Novak als Mitglied des MIT-Bundesvorstandes, Dietmar Reddig als Bezirksvorsitzender der MIT Hannover und Sven Jagata, Kreisvorsitzender der MIT Hannover-Land, begrüßte Zschoch besonders.

Hauptredner war der Bundesvorsitzende der MIT Deutschlands, Dr. Carsten Linnemann MdB. Linnemann sprach vom Wettbewerb der Systeme. So hätten die Chinesen „Hunger auf Zukunft“ – trotz ihrer sozialistischen Marktwirtschaft chinesischer Prägung. Themen, die die Bevölkerung umtrieben, seien nach wie vor Integration, aber auch die Bekämpfung des politischen Islams.



Fotos: Andreas Sobotta, Hannover

V. l. n. r.: Mirco Zschoch, Frank Prüße, Armin Pollehn und der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Carsten Linnemann MdB.

Thema Elektromobilität bei der Süwag

Bad Homburg. Immer mehr Elektromobilität erscheint unvermeidlich, und sie wird privates wie geschäftliches Reisen nachhaltig verändern. Daher lud die MIT Hochtaunus zu einem informativen Abend bei der Süwag nach Bad Homburg. Dem aktuellen Thema entsprechend war die Veranstaltung mit ca. 100 Personen ausgesprochen gut besucht. Durch die Veranstaltung führte rhetorisch gekonnt Süwag-Prokurist Thomas Fösel.

Nach der Eröffnung durch die MIT-Vorsitzende Claudia Kott folgte Daniel Backes, zuständig für den Vertrieb von Netzdienstleistungen, mit einem engagierten Plädoyer für das Elektroauto. Er

verwies dabei auf die im Vergleich zum Verbrennungsmotor sehr günstigen Energiekosten und drückte seine Hoffnung auf bald fallende Anschaffungspreise aus. Dabei beantwortete er auch viele Fragen zu unterschiedlichen Techniken wie Hybridantrieb, reiner Batterieantrieb oder Brennstoffzelle, zu den existierenden Anschlussvarianten, aber auch zum Unterschied zwischen dem Aufladen am normalen Wechselstromnetz und an einer Gleichstrom-Schnelladestation. Aktuelle politische Themen drehen sich gerade um Fragen, die auch Unternehmen betreffen, wie die Bezuschussung neuer Ladestationen, die Steuerbefreiung für das Aufladen am Arbeitsplatz und die Probleme von Ladestationen in Wohneigentumsgemeinschaften.



MIT-Vorsitzende Claudia Kott mit Mitgliedern des Kreisvorstandes und Repräsentanten der SÜWAG.

Foto: SÜWAG



Wetterau. Die Wahl eines neuen Kreisvorstandes stand im Mittelpunkt der diesjährigen Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Wetterau der MIT. Der Landesvorsitzende Marco Reuter erklärte in seiner Begrüßungsrede: „Die MIT Wetterau ist gerade im Hinblick auf eine exzellente inhaltliche Arbeit vorbildlich und wertvoller Impulsgeber. Diese Stärke des Kreisverbandes resultiert aus dem großartigen Teamgeist, den Raif Toma geformt hat.“ In seinem Rechenschaftsbericht ließ MIT-Kreisvorsitzender Raif Toma die Aktivitäten der beiden vergangenen Jahre Revue passieren. In naher Zukunft wolle sich der neue Vorstand mit den Themen „Fachkräftesicherung im Handwerk“, „Agrarpolitik ohne praxisfremde Gängelei“, „Bürokratieabbau“ und aktuellen wirtschaftlichen Problemen beschäftigen.

Sachsen

MIT Nordsachsen wählt neuen Vorstand

Cavertitz. Anfang Mai wählten die Mitglieder der MIT Nordsachsen einen neuen Vorstand und stellten damit die Weichen für eine erfolgreiche Arbeit in den kommenden zwei Jahren. Der neue Vorsitzende ist Daniel Knischourek, der mit seinen 31 Jahren der jüngste KV Vorsitzende Sachsens ist. Als Stellvertreter wurden Dr. Christiane Schenderlein, Landesschatzmeisterin und Hartmut Peter gewählt. Schatzmeister ist Siegfried Borschke, und Markus Tschiedel und Birgit Zocher wurden als Beisitzer gewählt. Der neue Vorsitzende Daniel Knischourek freut sich: „Als Betriebswirt und Wirtschaftspsychologe ist die Mittelständische Wirtschaft für mich eine Herzensangelegenheit.“ Er fügt hinzu: „Mit dem neuen Vorstand, der sich aus gestandenen Unternehmerpersönlichkeiten zusammensetzt, steht mir ein starkes Team zur Seite – packen wir es gemeinsam an!“



Fulda. Bei der Mitgliederversammlung der MIT im Kreis Fulda wurde der komplette Vorstand in geheimer Abstimmung durch die 88 anwesenden Mitglieder neu gewählt. Jürgen Diener wurde als Vorsitzender bestätigt. Er erhielt 86 Stimmen, bei einer Enthaltung und einer ungültigen Stimme. Zu seinen Stellvertretern wurden Marc Dechant, Falk Hartmann, Heike Kleemann, Veit Küllmer und Claus Ullrich gewählt. In ihren Positionen als Schriftführerin wurde Patricia Fehrmann und als Schatzmeister Hans-Dieter Alt bestätigt. Ebenfalls bestätigt wurden die beiden Präsidiumsmitglieder Manfred Helfrich und Hubertus Köhler.

Foto: Hendrik Urbán



Sachsen-MIT zieht Bilanz

Dresden. Im Vorfeld der anstehenden Landesmitgliederversammlung und turnusmäßigen Neuwahl des Landesvorstands kann die MIT Sachsen auf weitere zwei erfolgreiche Jahre zurückblicken. Einige Beispiele der geleisteten Arbeit: „Mit dem Starfög, eine niedrigschwellige Unterstützung

für Start-ups, haben wir gemeinsam mit der JU Niederschlesien eine Initiative eingebracht, die 2018 durch die Sächsische Staatsregierung umgesetzt wurde. Die Absenkung der Krankenkassenmindestbeiträge für Selbstständige war eine weitere unserer Kernforderungen. Die Forderung wurde in den Koalitionsvertrag der Bundesregierung von 2018 übernom-

men und mittlerweile umgesetzt. Wir haben auch in der vergangenen Amtsperiode wieder einiges bewegt, was mich aber besonders freut, ist die positive Entwicklung der Neu-Mitglieder. Wir verzeichnen einen steten Mitgliederzuwachs, was uns zum derzeit mitgliederstärksten Verband Ostdeutschlands macht,“ so Landesvorsitzender Dr. Markus Reichel.

Rheinland-Pfalz

MIT hinter den Kulissen der Fahrradwelt

Mainz. Am 22. Mai war der Vorstand der MIT Rheinland-Pfalz bei Fahrrad XXL Franz, einem der bedeutendsten Fahrradgeschäfte im Großraum Rheinland-Pfalz, zu Besuch. An der Betriebsbesichtigung, bei der die Teilnehmer einen Blick hinter die Kulissen der Fahrradwelt werfen konnten, nahm auch der MIT-Bundesvorsitzende, Dr. Carsten Linnemann MdB, teil. Dieses Treffen war eine schöne Gelegenheit, sich nicht nur mit neuen Trends der Fahrradbranche vertraut zu machen, sondern auch über mittelstandspolitische Fragen offen und sachlich zu diskutieren. Die Gäste thematisierten u.a. Herausforderungen des Einzelhandels, die erneuerbare Energie und das Potenzial des Wirtschaftsstandorts Mainz. Letztendlich probierten die Besucher auf einer großzügigen Indoor-Teststrecke selbst, was die innovativsten Roller und Fahrräder alles können.



MIT RLP bei Fahrrad XXL Franz.

Dr. Carsten Linnemann, Bundesvorsitzender der MIT, und Gereon Haumann, Landesvorsitzender der MIT RLP, nutzen die Gelegenheit, sich über E-Roller aus erster Hand zu informieren.



Saarland

Europapolitischer Diskurs der MIT Saar

Dillingen. Der Europäische Binnenmarkt erlaubt freien Warenverkehr, die Dienstleistungsfreiheit, die Personenfreizügigkeit und einen freien Kapital- und Zahlungsverkehr. Wo es Freiheiten gibt, muss es aber auch angegliche Rechtsnormen geben. Doch wo geht Europa zu weit und wo hat Europa noch Nachholbedarf? Dies hat die Mittelstandsvereinigung im Saarland mit dem Europapolitiker Daniel Caspary MdEP, dem Spitzenkandidaten der CDU Saar für das europäische Parlament, Roland Theis, mit selbständigen Unternehmern, Freiberuflern und Handwerkern sowie ausgewiesenen Freunden der Europäischen Union



diskutiert. Diskutiert wurde in den Räumlichkeiten von Dallmayr Automaten-service im saarländischen Dillingen. Von hier werden im Saarland und Rheinland-Pfalz aber auch in Frankreich, Luxemburg und Belgien die Kaffeeautomaten der Firma Dallmayr mit schmackhaftem Kaffee und leckeren Snacks bestückt.

Neu bei dieser Veranstaltung war, dass alle anwesenden Teilnehmer ihre Fragen live und mit dem eigenen Smartphone via Twitter, Facebook und Instagram an eine Social-Media-Wall veröffentlichen konnten. So kam unter der Moderation der Landesvorsitzenden Sarah Gillen MdL eine lebhaftere Diskussion zum Thema Europa zustande.

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU/CSU (MIT)
Bundesgeschäftsstelle
Schadowstraße 3 · 10117 Berlin

Redaktion

V.i.S.d.P. für die MIT-Landesverbände:

- Baden-Württemberg: Ulla Müller-Eisenhardt
mueller-eisenhardt@mit-bw.de
- Bayern: Alexander Gropp
mu@csu-bayern.de
- Berlin: Stefan Böhm
stefanboehm@mit-berlin.de
- Bremen: Jochen Leinert
leinert@mit-bremen.de
- Brandenburg: Hans-Peter Pohl
hppohl@mit-bb.de
- Hamburg: Thomas Klömmer
info@mittelstand-hamburg.de
- Hessen: Berthold Jost
berthold.jost@hessen.cdu.de
- Mecklenburg-Vorpommern: N. N.
info@mit-mv.de
- Niedersachsen: Andreas Sobotta
sobotta@cdu-niedersachsen.de
- Nordrhein-Westfalen: Stefan Simmnacher
stefan.simmacher@mit-nrw.de
- Rheinland-Pfalz: Helmut Klapheck
helmut.klapheck@mit-rlp.de
- Sachsen-Anhalt: Tobias Schmidt
schmidt@cdufraktion.de
- Sachsen: Frederic Wutzler
frederic.wutzler@mit-sachsen.de
- Saarland: Andrea Kallenbrunnen
andrea.kallenbrunnen@cdu-saar.de
- Schleswig-Holstein: Thomas Klömmer
mit@cdu-sh.de
- Thüringen: Prof. Dr. Regina Polster
MIT@cdu-erfurt.de

Verlag und Druck

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226-802-213
Telefax: 02226-802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de oder
mit-mittelstandsmagazin@ubgnet.de

Projektleitung

Andreas Oberholz

Art-Direktion

UBG, Betriebsstätte Berlin

Titelbilder

MIT Nordrhein-Westfalen,
MIT Baden-Württemberg, MIT Bayern,
MIT Hessen, MIT Saarland, MIT Thüringen

Schleswig-Holstein**Landesvorsitzender wiedergewählt**

Warder. Der Unternehmer Stefan Lange (50) aus Horst im Kreis Steinburg wurde als Vorsitzender der MIT Schleswig-Holstein mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Beim 47. Landesmittelstandstag in Warder benannte Lange Herausforderungen der Zukunft: „Lasst uns weiterhin gemeinsam dafür kämpfen, dass nicht die Umverteilungs- oder gar Enteignungsfantasten die politische Marschrichtung bestimmen, sondern diejenigen, die mit Ihrer täglichen Arbeit und Leistungsfähigkeit dieses Land und Europa stark gemacht haben!“ Lobende Worte hatte der Mittelstandschef für die CDU-geführte Landesregierung: „Die Jamaika-Koalition hat sich aufgemacht, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen und SH zum mittelstandsfreundlichsten Bundesland zu machen.“

Zu stellvertretenden Vorsitzenden der MIT Schleswig-Holstein wählte der Landesmittelstandstag Günter Kohl aus Westensee, Thomas Melchert aus Scharbeutz, Simona Gleich aus Kollmar und Dr. Rolf Koschorrek aus Bad Bramstedt.

Große Zustimmung fand auch der Vortrag über das Thema: „Steuerpolitische Herausforderungen - Wie wird unser Steuergeld richtig eingesetzt?“, der von Reiner Holz-nagel, dem Präsidenten des Bundes der Steuerzahler gehalten wurde. Als weiterer Gastreferent erläuterte der CDU-Spitzenkandidat für die Europawahl, Niclas Herbst, die besonderen Herausforderungen für die EU und deren Auswirkungen auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen.



V. l. n. r.: Niclas Herbst MdEP, Stefan Lange und Reiner Holz-nagel

Thüringen**Treff mit Günther Oettinger**

Erfurt. Am Rande des Europatags am 25.05.2019 in Erfurt fand ein Treffen von MIT-Landesvorstandsmitgliedern mit dem EU-Kommissar für Haushalt und Personal, Günther Oettinger, und der Thüringer CDU-Europakandidatin Marion Walsmann auf dem Erfurter Domplatz statt. Gemeinsam mit der Spitzenkandidatin für den Erfurter Stadtrat, Kristina Vogel, (ehemalige deutsche Bahnradsportlerin, elffache Weltmeisterin und zweifache Olympiasiegerin), wurden u.a. die aktuellen Herausforderungen einer notwendigen Digitalisierungsstrategie für Thüringen und eines Bürokratieabbaus im kommunalen Bereich diskutiert.

**Rede und Antwort zum Thema Europa**

Hermsdorf. Am 15. Mai 2019 fand in Hermsdorf eine MIT-Veranstaltung des Kreisverbandes Saale-Holzland zum Thema „Europa und Region“ statt. Als Gäste wurden das Mitglied im Europaparlament, Monika Hohlmeier aus Bayern, und die Thüringer Kandidatin für das EU-Parlament, Marion Walsmann, begrüßt. In Unternehmensbesuchen in Hermsdorf am Nachmittag konnten beide Kandidatinnen sich über die Wirtschaftskraft Ostthüringer Unternehmen, dabei auch sog. Hidden Champions, informieren und standen als kompetente Ansprechpartner für Unternehmensleitungen und Mitarbeiter zur Verfügung. Am Abend fand dann eine Bürgerversammlung statt, in der Monika Hohlmeier und Marion Walsmann mit viel Sachkompetenz, Leidenschaft und Erfahrung zu europäischen Themen und europäischer Wirtschaftspolitik Stellung bezogen.

